

FALKO BREDE

Politikberatung im Vergleich: *Royal Commissions* und deutsche Expertenkommissionen

Abstract

The use of expert knowledge and expert commissions to prepare policy initiatives is strongly influenced by the political culture and the political framework of the country, where the advisory work takes place. Detailed case studies of advisory commissions are an essential precondition for studies on this interrelatedness of the political culture, the political system and the work of advisory bodies. Several recent studies on the work of Royal Commissions in Canada and expert commissions in Germany have made it possible to conduct an in-depth analysis of the functioning of advisory bodies in these two countries. This article compares the legal framework for advisory commissions, their staff members, the role of the chairperson, the instruments of knowledge generation and the role of the public. This comparative analysis shows that expert commissions in Canada and Germany not only have different modes of operation but that they also fulfill different functions that are closely related to the incentive structure of the political system and the political culture.

Résumé

La culture et le cadre politiques d'un pays jouent un rôle essentiel en ce qui concerne l'usage que fait ce pays du savoir des experts et des commissions spécialisées quand vient le temps de préparer des initiatives politiques. Les études détaillées concernant le travail de ces commissions constituent une condition cruciale pour savoir comment sont liés la culture politique, le système politique et le travail des comités conseil. De nombreuses études effectuées au sujet du travail des commissions royales au Canada et des commissions d'experts en Allemagne permettront désormais une analyse complexe en ce qui concerne le fonctionnement des conseils dans les deux pays. Cet article comparera les conditions juridiques générales pour les comités conseil, leurs membres, le rôle du président, les instruments d'enquête et le rôle du public. Cette analyse comparative montre que les comités conseil au Canada et en Allemagne ne se distinguent pas seulement par leur mode de travail mais aussi par leur fonctions qui sont étroitement liées à la structure des incitations présentes dans le système politique et la culture politique.

1. Einleitung

Nach der Bundestagswahl von 1998 entwickelte sich die Analyse politikberatender Prozesse in Deutschland zu einem der großen politikwissenschaftlichen Trendthemen. Hierbei wurden vor dem Hintergrund der Nutzung von sachverständiger Expertise durch die erste Regierung Schröder insbesondere die möglichen negativen Auswirkungen der Hinzuziehung von externem Sachverstand thematisiert. Warnungen vor einer „Kommissionitis“ (Leersch 2001), einer „Rätorepublik“ (Heinze 2002, Sebaldt 2004) sowie vor einer „Deparlamentarisierung“ (Kropp 2003) blieben längerfristig im wissenschaftlichen und im öffentlichen Bewusstsein. Neuere wissenschaftliche Analysen der Aufgaben und Rollen politikberatender Expertenkommissionen nach dem Regierungswechsel 1998 kamen jedoch zu dem Ergebnis, dass zumindest quantitativ keine signifikante Zunahme der Verwendung beratender Gremien in Deutschland nach 1998 nachweisbar ist (vgl. Siefken 2003 und 2007).

Spätestens seit der Bundestagswahl von 2005 hat das öffentliche Interesse an Politikberatung deutlich nachgelassen. Dies hat positiv dazu geführt, dass heute kaum noch alarmistische Stellungnahmen in Presse und Wissenschaft zur Politikberatung veröffentlicht werden. Negativ ist jedoch anzumerken, dass die Untersuchung des Zeitraums 1998-2005 zwar zu Fortschritten in der Analyse politikberatender Prozesse geführt hat; diese Fortschritte sind jedoch bis heute kaum systematisiert. Insbesondere fehlt es bisher an vergleichenden Ansätzen für die Untersuchung von Politikberatungsinstitutionen und -prozessen in verschiedenartigen politischen Systemumfeldern und Kulturen.

Dabei bietet sich aufgrund einer Reihe von neuen Studien zur Arbeit von *Royal Commissions* das Länderbeispiel Kanada mehr denn je für eine Untersuchung der Frage an, welche Funktionen Beratungsgremien in unterschiedlichen politischen Systemen übernehmen und anhand welcher Kriterien vergleichende Untersuchungen von Politikberatungsprozessen durchgeführt werden können. Bereits 1999 stellten Rainer-Olaf Schultze und Tanja Zinterer in einem Aufsatz die Frage, ob das kanadische Beratungsinstrument der *Royal Commission* ein Modell für den Abbau des bundesdeutschen Reformstaus sein könnte (Schultze/Zinterer 1999).

Aufbauend auf neueren Fallstudien zur Arbeit kanadischer *Royal Commissions* (insbesondere Lindner 2000, Zinterer 2004 und Brede 2006) sowie zur Arbeit von Expertenkommissionen der Bundesregierung (Weimar 2004, Siefken 2003 und 2007) lässt sich untersuchen, inwieweit sich vor dem Hintergrund verschiedenartiger politischer Systeme und Kulturen insbesondere auf funktionaler Ebene Anhaltspunkte für eine *policy convergence* bei der Hinzuziehung von externem Sachverstand im Rahmen politikberatender Kommissionen in Kanada und Deutschland nachweisen lassen.

Bevor man sich den Fallanalysen zuwendet, sind einige einleitende Anmerkungen zum Forschungsfeld Politikberatung notwendig. Im *Handbuch Politikberatung* wird festgestellt: „Politikberatung ist ein Untersuchungsgegenstand mit beträchtlicher

Variationsbreite und -tiefe.“ (Falk / Rehfeld / Römmele / Thunert (Hrsg.) 2006a, 13) Dies gilt in besonderer Weise für den internationalen Vergleich der Inanspruchnahme von Politikberatungsangeboten. Angesichts des großen politikwissenschaftlichen Interesses am Phänomen Politikberatung muss die begrenzte Reichweite der bisherigen Analysen von Politikberatungsprozessen und -institutionen sowie der theoretischen Fundierung dieser Studien jedoch überraschen.

Im Regelfall wurden bisher im Zuge von Forschungsvorhaben zu Politikberatungsprozessen Einzelfälle – zumeist einzelne Beratungskommissionen – untersucht (vgl. etwa Weimar 2004). Nur selten werden mehr als zwei Expertenkommissionen vergleichend untersucht (so etwa bei Brede 2006 und Siefken 2007). Noch seltener wurden international vergleichende Studien durchgeführt. So finden sich etwa im *Handbuch Politikberatung* (Falk / Rehfeld / Römmele / Thunert 2006b) im Abschnitt „Politikberatung international“ zwar vier Länderstudien, jedoch keinerlei vergleichende Ausführungen zu unterschiedlichen Beratungsinstitutionen sowie den Funktionen von Expertise in verschiedenartigen politischen Systemen und Kulturen. Ein Vergleich der Erfahrungen aus Kanada und Deutschland dürfte vor diesem Hintergrund für die weitere wissenschaftliche Analyse von Politikberatungsprozessen besonders anregend sein.

Im Folgenden wird ausgehend von diesen Überlegungen anhand mehrerer Faktoren die Arbeit politikberatender Expertenkommissionen in Kanada – unter Bezugnahme auf die Situation in Deutschland – analysiert. Hierbei wird vor allem auf die Arbeitsweise der Politikberatungsgremien abgestellt. Eine alle Rahmenbedingungen und Faktoren umfassende, also etwa eine auch den output der Beratungsarbeit beinhaltende, Analyse kann und soll hingegen mit diesem Beitrag nicht geleistet werden. Diese Vergleichsstudie soll verdeutlichen, dass die Nutzung von Sachverstand im Rahmen von Expertenkommissionen in unterschiedlichen Ländern zum Teil erhebliche Unterschiede im Hinblick auf die Funktion der Beratung aufweist. Gleichzeitig soll die folgende Gegenüberstellung neue Anregungen für den internationalen Vergleich von Politikberatungsprozessen liefern. Hierzu wurden bewusst Kontextfaktoren ausgewählt, die in Kanada und Deutschland besonders unterschiedliche Wirkungen entfalten.

2. *Royal Commissions* im politischen System Kanadas

Kanada ist ein multikultureller und bilingualer Bundesstaat sowie eine Einwanderernation. Die Institutionen des politischen Systems und auch die politische Kultur sind bis heute in erheblicher Art und Weise geprägt durch die Strukturen des „Mutterlandes“ Großbritannien. Da die Hinzuziehung von externer Expertise immer im Kontext der Rahmenbedingungen des jeweiligen politischen Systems sowie unter dem Einfluss politisch-kultureller Faktoren stattfindet, lohnt zunächst ein Blick auf das Wechselspiel zwischen diesen Faktoren und der politischen Beratungsarbeit. Besonders bedeutsam für die Ausgestaltung von politikberatenden Prozessen ist der Aspekt der starken Elitenzentrierung, der in Kanada generell bei der Entwick-

lung von Politikprogrammen nachweisbar ist (vgl. auch Brede / Schultze 2008, 319 und 323f). In Kanada als hochgradig dezentralisiertem Bundesstaat besteht außerdem eine signifikante regionale Konfliktdimension, die in nahezu jedem Politikfeld Wirkungen entfaltet. Zu vermuten ist, dass der Faktor Regionalismus in Politikberatungsprozessen daher eine weitaus größere Rolle spielt als in Deutschland. Unter Bezugnahme auf die Untersuchungen von Lipset (1990) ist außerdem noch folgende Charakterisierung der politischen Kultur Kanadas (in Abgrenzung zu den USA) anzuführen: klassenbewusster, statischer sowie stärker kollektiv orientiert und auf den Kompromiss als beste Lösung politischer Konflikte hin ausgerichtet. Zusammenfassend kann man festhalten: „Die kanadische Gesellschaft war [...] von Beginn an: gemeinschaftsorientiert – askriptiv – partikularistisch und elitär; sie ist bis heute konservativ – traditional und statisch.“ (Schultze 1989, 22). Dass dieser spezifische Charakter der kanadischen Gesellschaft und des politischen Systems Rückwirkungen auf das Verhältnis von externem Sachverstand bzw. Wissen und Politik hat, liegt nahe.

Das Beratungsinstrument der *Royal Commission* wurde in Kanada nach der *Confederation* von 1867 in enger Anlehnung an die aus Großbritannien übernommenen Strukturen ausgestaltet. Von Schultze und Zinterer werden *Royal Commissions* beschrieben als die „[...] großen, einflussreichen politikberatenden Kommissionen, die in angelsächsischen Ländern zur Formulierung von grundlegenden Politik-Programmen eingesetzt werden und oft signifikanten Politik-Wandel eingeleitet haben.“ (Schultze / Zinterer 1999, 881)

Grundsätzlich lassen sich zwei Formen von kanadischen *Royal Commissions* unterscheiden:

1.) Skandal-Enqueten, die eng umgrenzte Sachverhalte (meist Skandale oder begrenzte Problemfelder) bearbeiten und Lösungen entwickeln,

2.) *policy-Royal Commissions*, die mit einem breit gefassten Mandat eingesetzt werden und grundsätzliche politische Fragestellungen (etwa Zukunftsfähigkeit des Gesundheitssystems, Stand und Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Umgang mit Verfahren der assistierten Reproduktion) bearbeiten.

Auf letzteren Kommissionstyp beziehen sich sowohl Schultze / Zinterer als auch die folgenden Ausführungen, da jene Beratungsgremien am ehesten das funktionale Äquivalent zu Expertenkommissionen der deutschen Bundesregierung darstellen. Wiederholt konnten diese *Royal Commissions* einen tief greifenden Paradigmenwechsel oder zumindest einen Pfadwandel in dem von ihnen bearbeiteten Politikfeld einleiten. Zahlreiche dieser Kommissionen prägten die folgenden politischen Debatten sowie die wissenschaftliche Analyse des bearbeiteten Politikfeldes nachhaltig. Auch ihre Wirkung in die kanadische Öffentlichkeit hinein ist im Vergleich zur Tätigkeit von Expertenkommissionen in Deutschland überdurchschnittlich hoch. Die Vielfalt der bisher bearbeiteten Themen macht bereits die überblicksartige Darstellung ausgewählter *Royal Commissions* deutlich, wobei festzuhalten ist,

dass die *Rowell-Sirois Commission* als erste „Royal Commission on Everything“ gilt (Bradford 1999, siehe auch Schultze / Zinterer 1999, 888ff):

Ausgewählte kanadische <i>policy-Royal Commissions</i>		
Royal Commission on Railways		1886-1887
Royal Commission on the Relations of Labour and Capital		1886-1889
Royal Commission on Banking and Currency	Macmillan Commission	1928-1933
Royal Commission on Radio Broadcasting	Aird Commission	1929
Royal Commission on Dominion-Provincial Relations	Rowell-Sirois Commission	1937-1940
Royal Commission on National Development of the Arts, Letters and Sciences	Massey Commission	1949-1951
Royal Commission on Broadcasting	Fowler Commission	1955-1957
Royal Commission on Canada's Economic Prospects	Gordon Commission	1955-1958
Royal Commission on Transportation	MacPherson Commission	1959-1961
Royal Commission on Health Services	Hall Commission	1961-1964
Royal Commission on Bilingualism and Biculturalism	Laurendeau-Dunton Commission	1963-1967
Royal Commission on the Status of Women	Bird Commission	1967-1970
Royal Commission on the Economic Union and Development Prospect for Canada	Macdonald Commission	1982-1985
Royal Commission on Electoral Reform and Party Financing	Lortie Commission	1989-1991
Royal Commission on New Reproductive Technologies	Baird Commission	1989-1993
Royal Commission on Aboriginal Peoples		1991-1996
Commission on the Future of Health Care in Canada	Romanow Commission	2000-2002

Die Mitgliederzahl dieser Kommissionen lag zwischen einem (Romanow Commission) und dreizehn Mitgliedern (Macdonald Commission). Die im Vergleich zur deutschen Situation kleine Mitgliederzahl verdeutlicht, dass hier nicht versucht wird,

bereits durch die Besetzung der Gremien eine Ausgewogenheit der Arbeit oder einen Interessenausgleich herbeizuführen (vgl. auch Schultze/Zinterer 1999, 887f).

Die Kosten für die Arbeit einer *policy-Royal Commission* sind sehr unterschiedlich und unter anderem von der Größe der Kommission (Mitglieder- und Mitarbeiterzahl) sowie von der Aufgabenstellung bzw. dem Thema der Untersuchung abhängig. So kostete die bisher letzte *Royal Commission* (die *Romanow Commission*) rund 15 Mio. Can\$ (Brede 2006, 120), die *Macdonald Commission* kostete als bisher mitgliederstärkste Kommission 20,6 Mio. Can\$ und die *Royal Commission on Aboriginal Peoples* mit ihren sieben Mitgliedern war mit über 50 Mio. Can\$ die bisher teuerste Kommission (Lindner 2000, 110 sowie Zinterer 2004, 373).

Untersuchungskommissionen, die zwar ebenfalls unter den *Inquiries Act* fallen, jedoch im Gegensatz zu *policy-Royal Commissions* nur eng begrenzte Fragestellungen untersuchen, werden hingegen zumeist als *Commissions of Inquiry* betitelt und entsprechen eher den deutschen Untersuchungsausschüssen. Besetzt werden diese Kommissionen jedoch nicht mit Parlamentariern, sondern mit externen Sachverständigen, wobei in der Vergangenheit durchaus auch ehemalige Politikerinnen oder Politiker den Vorsitz einer solchen Kommission übernommen haben.

Ausgewählte kanadische <i>Commissions of Inquiry</i>		
Commission of Inquiry into the Non-Medical Use of Drugs	Le Dain Commission	1969–1973
Commission of Inquiry into Certain Activities of the RCMP	McDonald Commission	1977–1981
Commission of Inquiry into the Deployment of Canadian Forces in Somalia		1994–1997
Commission of Inquiry on the Blood System in Canada	Krever Commission	1995–1997
Commission of Inquiry into the Sponsorship Program and Advertising Activities		2004–2006
Commission of Inquiry into the Actions of Canadian Officials in Relation to Maher Arar		2004–2006

3. *Royal Commissions* in Kanada – Rahmenbedingungen und Funktionen im Vergleich zu deutschen Expertenkommissionen

Politikberatung findet immer in einem Spannungsfeld von Ideen, Institutionen und Interessen statt (Falk / Rehfeld / Römmele / Thunert 2006a, 17). Die Verwendung und die Ausgestaltung politikberatender Expertenkommissionen hängen

daher eng mit der Struktur und den Anreizen des jeweiligen politischen Systems zusammen. Ausgehend von dieser Überlegung soll im Folgenden anhand ausgewählter Rahmenbedingungen und Kontextfaktoren die Tätigkeit und die Funktion(en) von kanadischen *Royal Commissions* analysiert werden.

3.1. Verhältnis von *Royal Commissions* zur Ministerialverwaltung und zu den Parteien

Von herausragender Bedeutung für die politisch-gestalterische Arbeit einer Regierung sind das Potential und die Struktur der Ministerialverwaltung(en). In Kanada verfügt die Ministerialbürokratie jedoch nur über ein begrenztes Potential, um längerfristige, kohärente Politikprogramme zu entwickeln. Sie wirkt aus diesem Grunde nur selten als zentrale Kraft bei politischen Reformprojekten (vgl. Bradford 1999, 546).

Royal Commissions der Bundesregierung werden daher oft genutzt, um Defizite in der Fähigkeit zur Programmgestaltung auf Seiten der Ministerien zu kompensieren (vgl. auch Jenson 1994, 51). Bereits mehrfach wurden durch *Royal Commissions* neue bzw. alternative *policy*-Paradigmen (vgl. Zinterer 2004, 313ff und Brede 2006, 75ff) entwickelt, was sich nachhaltig auf die weitere Entwicklung des jeweils bearbeiteten Politikfeldes ausgewirkt hat. Im Gegensatz zur Situation in Deutschland prägen starke Ressortgrenzen zwischen den Ministerien die Hinzuziehung von externem Sachverstand hierbei kaum. Neben der Kompensation von Defiziten in der Programmgestaltung auf Seiten der kanadischen Bundesministerien dient die Beratung auch dazu, *windows of opportunity* für größere Reformvorhaben zu öffnen, oder aber die Voraussetzungen für die Durchführung einer bereits geplanten Reform zu schaffen (Legitimationsfunktion).

Eine Untersuchung des Wechselspiels von Parteien und *Royal Commissions* führt zu ähnlichen Ergebnissen. Die beiden großen kanadischen Parteien (Konservative Partei und Liberale Partei) lassen sich als *catch-all parties* oder *brokerage parties* umschreiben. Sie sind ideologisch kaum gefestigt und zeichnen sich durch einen pragmatischen Umgang mit politischen Programmen aus. Bradford stellt hierzu fest: „[...] brokerage politics supplies few incentives for governing parties to produce their own ideas, much less to use such novel concepts in seeking mandates from voters for policy innovation.“ (Bradford 2000, 140) Das Potential der kanadischen Parteien zur Entwicklung langfristiger Politikprogramme ist entsprechend begrenzt (vgl. auch Aucoin 1990, 203).

Vergleicht man dies mit der Situation in Deutschland, so fällt auf, dass die Parteien nur über wenige Ressourcen verfügen, um längerfristige Politikprogramme zu entwickeln. In Deutschland hingegen erfüllen unter anderem die Stiftungen der Parteien diese Aufgabe (vgl. auch Thunert 2003). Durch die Beteiligung an Regierungen in den Bundesländern verfügen die deutschen Parteien außerdem über einen – mehr oder weniger – direkten Kanal zu spezialisierten Ministerialbürokratien. Auch wenn sich etwa eine der beiden Volksparteien im Bundestag in der Opposition befindet,

so kann sie meist dennoch beispielsweise über ein Landes-Finanzministerium einen Plan für eine Steuerreform fachkundig bewerten oder gegebenenfalls detailliert ausarbeiten lassen. Da die Parteien zwischen Bund und Provinzen nur schwach integriert sind, steht diese Option in Kanada kaum zur Verfügung.

Die programmatischen Defizite sowie die begrenzte Innovationsfähigkeit der Bundesparteien werden in Kanada durch die Arbeit von *Royal Commissions* teilweise kompensiert. Dies ist ein wichtiger Grund, warum *Royal Commissions* wiederholt einen starken Einfluss im jeweiligen Politikfeld ausüben konnten, in Deutschland die Aufgabenstellung für Politikberatungsgremien hingegen meist weniger umfassend ist und die Nutzung von externem Sachverstand zumeist auf der Basis pragmatischer Überlegungen und nicht selten in Reaktion auf unvermittelt auftretende Herausforderungen erfolgt (vgl. auch Siefken 2007, 315).

Neben dem Blick auf die Funktionen von *Royal Commissions* im Wechselverhältnis zu Ministerialbürokratie und Parteien müssen auch die konkreten Rahmenbedingungen der Arbeit von Expertenkommissionen in Kanada analysiert werden, um ein umfassendes Bild der Funktionen und Arbeitsweise von *Royal Commissions* – im Vergleich zu deutschen Expertenkommissionen – zu erhalten.

3.2. Rechtlicher Handlungsrahmen

Royal Commissions arbeiten in Kanada auf Grundlage eines Bundesgesetzes, des *Inquiries Act* und werden formal durch den *Governor General* eingesetzt bzw. berufen. Faktisch entscheidet jedoch der jeweilige Regierungschef im System des *prime-ministerial government*, ob eine *Royal Commission* eingerichtet wird und welchen Arbeitsauftrag sie erhalten soll (vgl. Schultze / Zinterer 1999, 887f). In der gesetzlichen Grundlage sind hierzu einige eher allgemein gehaltene Regelungen – etwa die Rechte des Vorsitzenden einer *Royal Commission* betreffend – festgeschrieben. Im Gegensatz hierzu verfügen Expertenkommissionen der Bundesregierung nicht über eine einheitliche Rechtsgrundlage. Vielmehr werden für jede Kommission in Deutschland – zumeist in der jeweiligen Ressortkompetenz – Verfahrensregelungen wie etwa Geschäftsordnungen oder Maßgaben für die Arbeit der Geschäftsstelle neu entwickelt, wobei durchaus Erfahrungen aus früheren Kommissionen aufgenommen werden (vgl. Brede 2006, 262ff).

Durch die einheitliche Rechtsgrundlage in Kanada sind die Erwartungen der Öffentlichkeit an die Tätigkeit und den Bericht einer *Royal Commission* vergleichsweise klar, da das Instrument bekannt ist und bestimmte Erwartungen etwa im Hinblick auf den Einfluss einer solchen Kommission bestehen. Auch die Möglichkeiten eines institutionellen *polity-/policy*-Lernprozesses sind hierdurch größer als in Deutschland. Dies wirkt sich positiv auf den Einfluss der *Royal Commissions* aus. Gleichzeitig werden allerdings auch die Chancen für eine pragmatische Nutzung von Politikberatungsgremien verringert, da die Abwesenheit eines verbindlichen Rechtsrahmens (wie in Deutschland) die Optionen für Politik und Verwaltung erweitert, je nach aktueller Gesamtsituation

die Form der politischen Beratungsarbeit auszugestalten und spezifischen Anforderungen der Politik an die externe Expertise Rechnung zu tragen.

3.3. Kommissionsmitarbeiter

Royal Commissions verfügen im Gegensatz zu deutschen Expertenkommissionen meist über einen großen Mitarbeiterstab von 50 oder mehr Personen (vgl. Brede 2006, 126, Zinterer 2004, 124; siehe auch Lindner 2000, 59f). Dieser wird nur selten mit Mitarbeitern aus der Ministerialbürokratie besetzt. Stattdessen arbeiten oftmals Sozialwissenschaftler mit universitärem Hintergrund in den Geschäftsstellen. Nach Abschluss der Kommissionsarbeit entwickeln einige dieser Personen die Ideen und Konzepte der *Royal Commission* nicht nur an den Universitäten zu neuen wissenschaftlichen Ansätzen oder Paradigmen, sondern auch in Verwaltungen des Bundes oder der Provinzen zu konkreten politischen Programmen weiter.¹ Dieses Vorgehen unterscheidet sich erheblich von demjenigen in Deutschland, da hier oftmals Verwaltungsmitarbeiter die Arbeit in den Geschäftsstellen von Expertenkommissionen der Bundesregierung prägen (für das Fallbeispiel der Hartz-Kommission siehe Siefken 2007, 195). Die Einbeziehung von Personal aus dem universitären Umfeld oder aus anderen wissenschaftlichen Einrichtungen ist vergleichsweise selten nachweisbar. *Royal Commissions* nutzen somit auch die Möglichkeit, durch einen Transfer von Personen neue Ideen in den politischen Prozess und in die wissenschaftliche Debatte einfließen zu lassen.

3.4. Wissensgenerierung und -verarbeitung

Im Gegensatz zu deutschen Expertenkommissionen nutzen *Royal Commissions* nicht nur bereits bestehende Wissensbestände im Rahmen ihres Deliberationsprozesses, sondern sie generieren auch neues Wissen durch eigene Forschungsprogramme. Seit der *Royal Commission on Dominion-Provincial Relations* sind wissenschaftliche Forschungsprogramme ein fester Bestandteil der Arbeit von *policy-Royal Commissions* (Lindner 2000, 60ff, vgl. auch Zinterer 2004, 129ff). So gab beispielsweise die *Commission on the Future of Health Care in Canada* im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung 40 Diskussionspapiere bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Auftrag. Diese durchliefen ein eigenes *peer review* Verfahren, was den wissenschaftlichen Anspruch des Vorgehens der *Royal Commission* verdeutlicht. Des Weiteren gab diese Kommission drei umfangreiche Gutachten in Auftrag, da sich einige der zu bearbeitenden Themenfelder nach Auffassung der Kommission nicht hinreichend durch die Aufarbeitung bereits verfügbarer wissenschaftlicher Abhandlungen und Studien im Rahmen kleinerer Gutachten aufarbei-

1 So wurde etwa der Mitarbeiter der *Commission on the Future of Health Care in Canada*, Pierre-Gerlier Forest, zeitweise Mitarbeiter des kanadischen Gesundheitsministeriums (im Rahmen des *G.D.W. Cameron Visiting Chair*). Heute ist Forest unter anderem Professor an der Universität Laval, Quebec. Greg Marchildon – ein weiterer ehemaliger, leitender Mitarbeiter dieser *Royal Commission* – ist heute Professor an der Universität von Regina, Saskatchewan.

ten ließen.² Anhand dieses Fallbeispiels wird deutlich, dass *Royal Commissions* im Gegensatz zu deutschen Expertenkommissionen neben der politischen Beratungsfunktion auch zur Fundierung und Fortführung der wissenschaftlichen Diskussionen beitragen (für weitere Beispiele siehe Schultze / Zinterer 1999, 894ff).

Viele der wissenschaftlichen Auftragsarbeiten werden im Anschluss an die Kommissionsarbeit publiziert. So wurde etwa eine Auswahl der wissenschaftlichen Auftragsarbeiten für die *Commission on the Future of Health Care in Canada* in drei Buchbänden durch leitende Mitarbeiter der Kommission herausgegeben (Forest / Marchildon / McIntosh 2004, Marchildon / McIntosh / Forest 2004 sowie McIntosh / Forest / Marchildon 2004). Die Generierung von neuem Wissen und das Wirken in die *scientific community* hinein sind somit wesentliche Bestandteile der Arbeit kanadischer *Royal Commissions*.

Deutsche Expertenkommissionen nutzen stattdessen in erster Linie die in Verwaltung und Parlament üblichen Verfahren (Stellungnahmen, Anhörungen, usw.) zur Generierung von neuen Erkenntnissen. Dieses Vorgehen eignet sich besser zur Beteiligung möglichst vieler Interessengruppen und Verbände und entspricht dem deutschen, neokorporatistisch geprägten Politikstil. Gleichzeitig wird durch den Vergleich mit dem kanadischen Beratungsansatz offenkundig, dass deutsche Expertenkommissionen keine wissenschaftlich arbeitenden Beratungseinrichtungen sind, die neues Wissen generieren sollen. Ihr Vorgehen und auch ihre Funktion unterscheiden sich in diesem Punkt signifikant von denjenigen kanadischer *Royal Commissions*.

3.5. Besetzung des Postens des Vorsitzenden

Bereits anhand der Umschreibung diverser *Royal Commissions* sowie deutscher Expertenkommissionen mit dem Namen der oder des Vorsitzenden wird die herausgehobene Stellung dieser Personen im Beratungsprozess offenkundig. In Kanada wird der Posten des Vorsitzenden vergleichsweise oft mit (ehemaligen) Richtern besetzt,³ aber auch Journalisten, Unternehmer und ehemalige Politiker wurden in der Vergangenheit zu Vorsitzenden einer *Royal Commission* berufen. Der Grund für die vergleichsweise häufige Berufung von Richtern oder anderen, eher politikfernen Persönlichkeiten dürfte sein, dass die Nützlichkeit einer *Royal Commission* im kanadischen Kontext nicht zuletzt davon abhängt, dass es ihr gelingt, sich personell und strukturell vom elitenzentrierten Politikstil, der im politischen System Kanadas vorherrscht (und seit Jahren unter einem erheblichen Legitimationsdefizit leidet), ab-

2 Die drei Themen waren *Globalization and Health*, *Fiscal Federalism and Health* sowie *Health Human Resources* (Brede 2006, 130).

3 Als Beispiel für dieses Vorgehen lässt sich etwa die *Royal Commission on Health Services (Hall Commission)* anführen (vgl. Brede 2006, 64ff.). Ein weiteres Fallbeispiel wäre die *Macmillan Commission*. Für weitere Beispiele zur Arbeit von Richtern in *Royal Commissions* siehe Zinterer 2004, 111ff. Für weitere Ausführungen siehe Cole 2007, 137f.

zugrenzen.⁴ Denkbar ist, dass sich hierin auch die größere Konsensorientierung der kanadischen Gesellschaft widerspiegelt, da etwa einem Richter eher als einem Politiker ein erfolgreiches Zusammenführen unterschiedlicher Positionen und Wertungen zugetraut wird.

An diesem Punkt wird ein weiterer signifikanter Unterschied zum deutschen Umgang mit Expertenkommissionen offensichtlich. Zu Zeiten der ersten Regierung Schröder 1998-2002 wurden mehrfach ehemalige Politikerinnen und Politiker in Expertenkommissionen berufen und zu Vorsitzenden ernannt (Süßmuth-Kommission, Weizsäcker-Kommission).⁵ Man kann dies mit der Überlegung begründen, dass auf diesem Wege eine parteiübergreifende Konsensbildung befördert werden sollte. In den beiden genannten Fällen scheinen jedoch vor allem Anreize des Parteienwettbewerbs eine Rolle gespielt zu haben. Die Regierung Schröder beschritt etwa mit der Berufung von Rita Süßmuth zur Vorsitzenden der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“ den Weg der parteipolitischen Konfrontation mit der CDU/CSU, welche noch vor der Bekanntgabe der weiteren Mitglieder und somit auch deutlich vor Beginn der eigentlichen Sacharbeit einsetzte (vgl. Zinterer 2004, 262ff und Siefken 2007, 146f) und den langfristigen Einfluss der Beratungsergebnisse dieser Kommission nachteilig beeinflusst hat. Eine Berufung von parteipolitisch weniger stark eingebundenen Persönlichkeiten hätte dazu beigetragen, diese negativen Reaktionen zu vermeiden. Angesichts der späteren Berufung von Peter Hartz und Bert Rürup zu Vorsitzenden von Expertenkommissionen der Bundesregierung ist zu vermuten, dass hier auf Seiten der Bundesregierung ein Lernprozess stattgefunden hatte.

3.6. Bezug zur Öffentlichkeit

Die politischen Entscheidungsträger stehen seit der der Gründung des *Dominion of Canada* vor der dauerhaften Herausforderung, einen bilingualen und multikulturellen Bundesstaat Kanada zu einen. *Royal Commissions* haben mit ihren umfassenden Aufgabenstellungen zu Themen wie Freihandel, ökonomische Integration, Zuwanderung, Bilingualismus, usw. wiederholt einen bedeutsamen Beitrag zur nationalen Integration geleistet (vgl. auch Bradford 2000). Hieraus ergeben sich konkrete Folgen für die Arbeitsweise dieser Expertenkommissionen. So bereisen *Royal Commissions* üblicherweise im Rahmen ihrer Arbeit alle Landesteile. Dieses Vorgehen ist auf die in vielen Politikfeldern bestehende regionale Konfliktdimension zurückzuführen. Auch nutzen die Gremien Anhörungen und in jüngerer Vergangenheit verstärkt das Internet, um einen nationalen Diskurs über ihr Untersuchungsthema zu initiieren (für eine Analyse dieses Phänomens siehe Brede 2006, 132ff.). Sie sind daher nicht nur rein regierungsberatende Gremien, sondern sie

4 Zur Legitimationsproblematik des elitenzentrierten Politikstils vgl. auch Cameron/Simeon 2001, 71.

5 Die Hartz-Kommission wurde erst im Wahljahr 2002 eingesetzt, die Rürup-Kommission erst nach der Bundestagswahl von 2002.

bilden auch eine Keimzelle und ein Forum für einen nationalen *policy*-Diskurs (vgl. Jenson 1994: 39). Insofern findet in Kanada bereits statt, was in Deutschland unter der Trendbeschreibung „Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung“ (Leggewie 2007) seit kurzem verstärkt diskutiert wird.

Expertenkommissionen der Bundesregierung versuchen bisher nur selten, die Öffentlichkeit (zumeist die entsprechenden Teilöffentlichkeiten) in ihren Beratungsablauf einzubinden. Hierin spiegelt sich auch ein grundlegend anderes Verständnis in Bezug auf die Nutzung von Sachverstand und Experten, welches in Deutschland einen stark instrumentellen Charakter aufweist. Die Herbeiführung eines nationalen Diskurses über das Beratungsthema einer Expertenkommission ist kaum Teil der Aufgabenstellung deutscher Politikberatungsgremien und ausgehend von Fallbeispielen lässt sich die These formulieren, dass eine starke öffentlichkeitsbezogene Komponente in der Kommissionsarbeit sogar negativ bewertet wird. Zu verweisen ist diesbezüglich etwa auf die Arbeit der Kommission „Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“ (Rürup-Kommission), deren starke Medienpräsenz von Seiten der politischen Entscheidungsträger eher negativ bewertet wurde (vgl. Brede 2006, 271). Zu bedenken ist, dass durch öffentliche Stellungnahmen zu politischen Fragen die Berater ein Stück weit in das Tätigkeitsfeld der Politiker hineinwirken, was diese wiederum als Beschränkung ihrer eigenen Handlungsspielräume interpretieren können.

4. Fazit

Die Untersuchung der Arbeitsweise und Funktionen von *Royal Commissions* im Vergleich zu deutschen Expertenkommissionen verdeutlicht erhebliche Unterschiede in der Ausgestaltung politikberatender Kommissionen und der Nutzung von externem Sachverstand in Kanada und Deutschland. Eine *policy convergence*, wie sie etwa im Kontext von Debatten über Wissensgesellschaft und Globalisierung immer wieder diskutiert wird, ist im Bereich der Politikberatung in den beiden untersuchten Länderbeispielen nicht erkennbar. Eine Annäherung beider Beratungstraditionen lässt sich lediglich in Ansätzen bezüglich der Einbeziehung der Öffentlichkeit in den Diskussionsprozess konstatieren.

Ein Ergebnis der vorliegenden Vergleichsstudie ist die Beobachtung, dass sich die institutionelle Ausgestaltung politikberatender Gremien in den beiden Länderbeispielen nicht nur strukturell unterscheidet, sondern dass sich auch die den Sachverständigen zugeordneten Funktionen und Rollen sowie das Selbstverständnis im Umgang mit externem Wissen erheblich unterscheiden. Dennoch lohnt es sich, aufbauend auf den dargelegten Forschungserkenntnissen die Frage nach dem Modellcharakter kanadischer *Royal Commissions* für die bundesdeutsche Politik zu stellen. Einige der Erfahrungen aus Kanada bieten durchaus Anknüpfungspunkte für die Debatte über die Funktionen und die Ausgestaltung der Arbeit von Expertenkommissionen in Deutschland. So ist zu vermuten, dass eine einheitliche Rechtsgrundlage die Arbeit von Expertenkommissionen verstetigen würde und

Chancen für neue *policy-/polity*-Lernprozesse bieten könnte. Allerdings würde dies auch zu einer Einschränkung der bisher noch recht freien Ausgestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen für Expertenkommissionen in Deutschland führen. Die starke Ministerialbürokratie präformiert hier die Nutzung von Expertenkommissionen bis heute in erheblichem Umfang, und entsprechend dürften Restriktionen wie etwa ein deutscher *Inquiries Act* nur geringe Umsetzungschancen haben. Ohne den Nachweis von Defiziten aufgrund des Fehlens einer entsprechenden Rechtsgrundlage muss die Begründung der Erforderlichkeit einer solchen, die Handlungsfreiheit der Exekutive einschränkenden, Regelung schwer fallen.

Deutsche Expertenkommissionen agieren in einem stark von Neokorporatismus, Parteienwettbewerb und Politikverflechtung geprägten Systemumfeld. Sie sind, wie es Schultze / Zinterer ausdrücken, „[...] nur Teil eines vielstimmigen Chores von Interessen, die Einfluß auf die Politikformulierung zu nehmen versuchen und sich dabei vielfach neutralisieren und blockieren.“ (Schultze / Zinterer 1999, 902). Dies trägt dazu bei, dass hier externe Beratung zumeist unter instrumentellen Gesichtspunkten und entlang parteipolitisch-pragmatischer Erwägungen ausgestaltet und genutzt wird. Dies begrenzt insbesondere im Vergleich zur Situation in Kanada die Möglichkeiten, mittels externer Expertise einen grundlegenden Politikwandel herbeizuführen. Im vorliegenden Ländervergleich wird des Weiteren deutlich, dass in Deutschland dem Parteienwettbewerb als Faktor in der politischen Beratungsarbeit eine größere Bedeutung zukommt als in Kanada.

Die vielfältigen Unterschiede in der Ausgestaltung und Nutzung der Arbeit von Expertenkommissionen in Kanada und Deutschland machen deutlich, dass Modelle für einen *policy*- und/oder Institutionen-Transfer in der Politikberatung mit großer Vorsicht entwickelt werden müssen. Gerade aus diesem Grunde hat der Ansatz von Schultze / Zinterer aus dem Jahr 1999 bis heute nichts an Aktualität verloren, da hier nach *best practices* im internationalen Vergleich der Nutzung von Politikberatungseinrichtungen gefragt wurde, ohne einfache Transferempfehlungen zu formulieren.

Es bleibt zu hoffen, dass sich die Politikwissenschaft mehr als bisher dem internationalen Vergleich von Politikberatungsprozessen und -gremien zuwenden wird. Denkbar wären hier unter anderem Studien zu den Rollen und Funktionen, die Sachverständigen zugeordnet werden sowie zum Umgang mit externem Wissen oder zum Verständnis von Expertenwissen und – wissenschaftlicher – Expertise in Anknüpfung an die Untersuchungen von Peter Weingart (2005a und 2005b). Diese Analysen ließen sich – etwa um ideengeschichtlich untermauerte – Fragen nach dem Wechselspiel von Staatsverständnis und Politikberatung erweitern und könnten eine neue Grundlage für den internationalen Vergleich von Politikberatungsprozessen bilden.

Literatur

- Abelson, Donald E., 1999, "Public Visibility and Policy Relevance. Assessing the Impact and Influence of Canadian Policy Institutes", *Canadian Public Administration*, Jg. 42, Nr. 2, S. 240-270.
- Aucoin, Peter, 1990, "Contributions of Commissions of Inquiry to Policy Analysis: An Evaluation", in: A. Paul Pross / Innis Christie / John A. Yogis (Hrsg.), *Commissions of Inquiry. Dalhousie Law Journal*, Jg. 12, Nr. 3, S. 197-208.
- Bakvis, Herman, 1997, "Advising the Executive. Think Tanks, Consultants, Political Staff and Kitchen Cabinets", in: Patrick Weller / Herman Bakvis / R.A.W. Rhodes (Hrsg.), *The Hollow Crown. Counter-vailing Trends in Core Executives*, London u.a., S. 84-125.
- Berg-Schlosser, Dirk 2003, „Politische Kultur“, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), *Lexikon der Politik*, 3. Auflage, S. 397-398.
- Bleek, Wilhelm, 2002, „Politikwissenschaftliche Politikberatung in Geschichte und Gegenwart“, in: Jens Uwe / Hajo Romahn (Hrsg.), *Der Einfluss der Wissenschaft auf die Politik*, Marburg, S. 75-94.
- Berger, Thomas, 2003, "Canadian Commissions of Inquiry: An Insider's Perspective", in: Allan Manson / David Mullan (Hrsg.), *Commissions of Inquiry. Praise or Reappraise*, Toronto, S. 13-28.
- Bogner, Alexander / Wolfgang Menz, 2002, „Wissenschaftliche Politikberatung? Der Dissens der Experten und die Autorität der Politik“, *Leviathan*, Jg. 30, Nr. 3, S. 384-399.
- Bradford, Neil, 1998, *Commissioning Ideas: Canadian National Policy Innovation in Comparative Perspective*, Toronto u.a.
- Bradford, Neil, 1999, "Innovation By Commission. Policy Paradigms and the Canadian Political System", in: Alain G. Gagnon / James Bickerton (Hrsg.), *Canadian Politics*, 3. Auflage, Peterborough, S. 541-564.
- Bradford, Neil 2000, "Writing Public Philosophy. Canada's Royal Commissions on Everything", *Journal of Canadian Studies*, Jg. 34, Nr. 4, S. 136-167.
- Brede, Falko / Rainer-Olaf Schultze, 2008, „Das politische System Kanadas“, in: Klaus Stüwe / Stefan Rinke (Hrsg.), *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung*, Wiesbaden, S. 314-340.
- Brede, Falko 2005a, „Ethikrat, Enquete, oder ...? Perspektiven der bioethischen Politikberatung“, *Zeitschrift für Biopolitik*, Jg. 4, Nr. 1, S. 29-36.
- Brede, Falko, 2005b, "Medicare at the Crossroads? Gesundheitsreformvorschläge im kanadischen Bundeswahlkampf 2004", *Zeitschrift für Kanada-Studien*, Jg. 25, Nr. 1 S. 23-38.
- Brede, Falko, 2006, *Gesundheitspolitik und Politikberatung. Eine vergleichende Analyse deutscher und kanadischer Erfahrungen*, Wiesbaden.
- Cairns, Alan C., 1990, "Reflections on Commission Research", in: A. Paul Pross / Innis Christie / John A. Yogis (Hrsg.), *Commissions of Inquiry. Dalhousie Law Journal*, Jg. 12, Nr. 3, S. 87-110.
- Cameron, David R. / Richard Simeon, 2001, "Intergovernmental Relations and Democratic Citizenship", in: B. Guy Peters / Donald J. Savoie (Hrsg.), *Governance in the Twenty-First Century. Revitalizing the Public Service*, Montreal u. a., S. 58-118.
- Clarkson, Stephen / Timothy Lewis, 1999, "The Contested State. Canada in the Post-Cold War, Post-Keynesian, Post-Fordist, Post-National Era", in: Leslie A. Pal (Hrsg.), *How Ottawa Spends 1999-2000. Shape Shifting. Canadian Governance Toward the 21st Century*, Toronto u.a., S. 293-340.
- Cole, Stephen J., 2007, "Commissioning Consent: An Investigation of the Royal Commission on the Relations of Labour and Capital, 1886-1889", QSpace at Queen's University, <http://hdl.handle.net/1974/963> (Zugriff: 28. November 2008).
- d'Ombain, Nicholas, 1997, "Public Inquiries in Canada", *Canadian Public Administration*, Jg. 40, Nr. 1, S. 86-107.
- Falk, Svenja / Dieter Rehfeld / Andrea Römmele / Martin Thunert, 2006a, „Einführung: Politikberatung – Themen, Fragestellungen, Begriffsdimensionen, Konzepte, Akteure, Institutionen und

- Politikfelder“, in: Svenja Falk / Dieter Rehfeld / Andrea Römmele / Martin Thunert (Hrsg.), *Handbuch Politikberatung*, Wiesbaden, S. 11-19.
- Falk, Svenja / Dieter Rehfeld / Andrea Römmele / Martin Thunert (Hrsg.), 2006b, *Handbuch Politikberatung*, Wiesbaden.
- Forest, Pierre-Gerlier / Gregory P. Marchildon / Tom McIntosh, 2004, *Changing Health Care in Canada: Romanow Papers*, Band 2, Toronto.
- Heinze, Rolf G., 2002, *Die Berliner Rätorepublik. Viel Rat – wenig Tat?*, Wiesbaden.
- Heinze, Rolf G., 2004, „Verwissenschaftlichung der Politik? Zur neuen Rolle von Expertenkommissionen“, *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 50, Nr. 1/2, S. 51-55.
- Hodgetts, J.E., 1964, „Should Canada Be De-Commissioned?“, *Queen's Quarterly*, Jg. 70, Nr. 4, S. 475-490.
- Iacobucci, Frank, 1990, „Commissions of Inquiry and Public Policy in Canada“, in: A. Paul Pross / Innis Christie / John A. Yogis (Hrsg.), *Commissions of Inquiry. Dalhousie Law Journal*, Jg. 12, Nr. 3, S. 21-28.
- Jasanoff, Sheila, 1990, *The Fifth Branch: Science Advisers as Policymakers*, Cambridge u.a.
- Jasanoff, Sheila, 2000, „The 'Science Wars' and American Politics“, in: Meinolf Dierkes / Claudia von Grote (Hrsg.), *Between Understanding and Trust – The Public, Science and Technology*, Amsterdam, S. 39-60.
- Jenson, Jane, 1994, „Commissioning Ideas: Representation and Royal Commissions“, in: Susan D. Philips (Hrsg.), *How Ottawa Spends 1994-1995: Making Change*, Ottawa, S. 39-70.
- Kropp, Sabine, „'Deparlamentarisierung' als Regierungsstil?“, in: Antonia Gohr / Martin Seeleib-Kaiser (Hrsg.), *Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Rot-Grün*, Wiesbaden, S. 329-344.
- Leersch, Hans-Jürgen, 2001, „Diagnose: Kommissionitis“, *Die Welt* vom 8. August 2001.
- Leggewie, Claus (Hrsg.), 2007, *Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation*, Frankfurt/Main.
- Lindner, Ralf, 2000, „Politikberatung und Politikwandel. Der Beitrag der Macdonald Commission am wirtschafts- und sozialpolitischen Paradigmenwechsel in Kanada“, Augsburg (unveröffentlichte Diplomarbeit).
- Lipset, Seymour Martin, 1990, *Continental Divide: The Values and Institutions of the United States and Canada*, New York.
- Mackay, A. Wayne, 1990, „Mandates, Legal Foundations, Powers and Conduct of Commission of Inquiry“, in: A. Paul Pross / Innis Christie / John A. Yogis (Hrsg.), *Commissions of Inquiry. Dalhousie Law Journal*, Jg. 12, Nr. 3, S. 29-50.
- Marchildon, Gregory P., 2001, „Royal Commissions and the Policy Cycle in Canada: The Case of Health Care“, The Scholar Series, Saskatchewan Institute of Public Policy, University of Regina, <http://www.uregina.ca/sipp/documents/pdf/ssgm.pdf> (Zugriff: 28 November 2008).
- Marchildon, Gregory P. / Tom McIntosh / Pierre-Gerlier Forest, 2004, *The Fiscal Sustainability of Health Care in Canada: Romanow Papers*, Band 1, Toronto: University of Toronto Press
- Mayntz, Renate, 1994, „Politikberatung und politische Entscheidungsstrukturen. Zu den Voraussetzungen des Politikberatungsmodells“, in: Axel Murswieck (Hrsg.), *Regieren und Politikberatung*, Opladen, S. 17-30.
- McCamus, John D., 2003, „The Policy Inquiry: An Endangered Species?“, in: Allan Manson / David Mullan (Hrsg.), *Commissions of Inquiry. Praise or Reappraise*, Toronto, S. 211-228.
- McIntosh, Tom / Pierre-Gerlier Forest / Gregory P. Marchildon, 2004, *The Governance of Health Care in Canada: Romanow Papers*, Band 3, Toronto: University of Toronto Press
- Murswieck, Axel, 2003, „Des Kanzlers Macht: Zum Regierungsstil Gerhard Schröders“, in: Christoph Egle / Tobias Ostheim / Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, Wiesbaden, S. 117-136.
- Murswieck, Axel, 1994, „Wissenschaftliche Beratung im Regierungsprozeß“, in: Axel Murswieck (Hrsg.), *Regieren und Politikberatung*, Opladen, S. 103-120.

- Nevitte, Neil (Hrsg.), 2002, *Value Change and Governance in Canada*, Toronto.
- Salter, Liora, 2003, "The Complex Relationship Between Inquiries and Public Controversy", in: Allan Manson / David Mullan (Hrsg.), *Commissions of Inquiry. Praise or Reappraise*, Toronto, S. 185-210.
- Salter, Liora, 1990, "The Two Contradictions in Public Inquiries", in: A. Paul Pross / Innis Christie / John A. Yogis (Hrsg.), *Commissions of Inquiry. Dalhousie Law Journal*, Jg. 12, Nr. 3, S. 173-196.
- Schmidt, Manfred G., 2002, "Politiksteuerung in der Bundesrepublik Deutschland", in: Frank Nullmeier / Thomas Saretzki (Hrsg.), *Jenseits des Regierungsalttags. Strategiefähigkeit politischer Parteien*, Frankfurt/Main u.a., S. 23-38.
- Schultze, Rainer-Olaf, 1985, *Das politische System Kanadas im Strukturvergleich*. Studien zur politischen Repräsentation, Föderalismus und Gewerkschaftsbewegung, Bochum.
- Schultze, Rainer-Olaf, 1989, *Kanada und die Vereinigten Staaten. Ungleiche Nachbarn in Nordamerika*, Augsburg.
- Schultze, Rainer-Olaf, 2004, "Bundesstaaten unter Reformdruck: Kann Deutschland von Kanada lernen?", *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*, Jg. 2, Nr. 2, S. 191-211.
- Schultze, Rainer-Olaf / Tanja Zinterer, 1999, "Kanadische Royal Commissions: Ein Vorbild für den Abbau von Reformstaus?", *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 31, Nr. 4, S. 881-903.
- Schwartz, Bryan 2003, "Public Inquiries", in: Allan Manson / David Mullan (Hrsg.), *Commissions of Inquiry. Praise or Reappraise*, Toronto, S. 443-460.
- Sebaldt, Martin, 2004, "Auf dem Weg zur ‚Räterepublik‘? – Expertengremien und ihr Einfluss auf die deutsche Bundesgesetzgebung", *Zeitschrift für Gesetzgebung*, Jg. 19, Nr. 2, S. 187-200.
- Siefken, Sven T., 2003, "Expertengremien der Bundesregierung – Fakten, Fiktionen, Forschungsbedarf", *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 34, Nr. 3, S. 483-504.
- Siefken, Sven T., 2007, *Expertenkommissionen im politischen Prozess. Eine Bilanz der rot-grünen Bundesregierung 1998-2005*. Wiesbaden.
- Steinmeier, Frank Walter, 2001, "Konsens und Führung", in: Franz Müntefering / Matthias Machnig (Hrsg.), *Sicherheit im Wandel*, Berlin, S. 263-272.
- Thorburn, Hugh G. / Alan Whitehorn (Hrsg.), 2001: *Party Politics in Canada*, Kingston.
- Thunert, Martin, 2004, "Politikberatung in der Bundesrepublik Deutschland: Entwicklungslinien, Leistungsfähigkeit und Legitimation", in: André Kaiser / Thomas Zittel (Hrsg.), *Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg*, Wiesbaden, S. 391-422.
- Thunert, Martin, 2003, "Think Tanks in Deutschland – Berater der Politik?", *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B51/03, S. 30-38.
- Weimar, Anne-Marie, 2004, *Die Arbeit und die Entscheidungsprozesse der Hartz-Kommission*, Wiesbaden.
- Weingart, Peter, 2005a, *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*, Weilerswist.
- Weingart, Peter, 2005b, *Die Wissenschaft der Öffentlichkeit. Essays zum Verhältnis von Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit*, Weilerswist.
- Zinterer, Tanja, 2004, *Politikwandel durch Politikberatung? Die kanadische Royal Commission on Aboriginal Peoples und die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ im Vergleich*, Wiesbaden.